

# Satzung

über die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Am Walde“

in der Gemeinde Grasleben

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde Grasleben die nachstehende Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Am Walde“ beschlossen.

## § 1

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes ist identisch mit dem wirksamen Bebauungsplan „Am Walde“.

## § 2

Innerhalb des Geltungsbereiches der 1. Änderung entfällt die Festsetzung Nr. 3.1 „Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen gemäß § 23 Abs. 5 BauNVO nicht zulässig. Dies gilt nicht für Müllboxen, Teppichklopfstangen, Gartenschwimmbecken und Einfriedungen“ ersatzlos. Alle übrigen Festsetzungen des Ursprungsplanes bleiben unverändert.

## § 3

Diese Satzung tritt mit Ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Helmstedt in Kraft.

Grasleben, den 29.10.2001

Bürgermeister

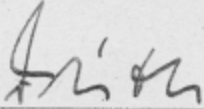


Gemeindedirektor

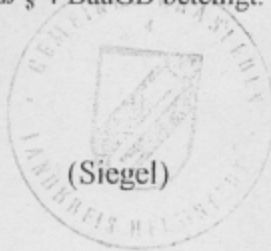
### Vereinfachte Änderung

Der Verwaltungsausschuß der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 19.02.2001 dem gem. § 13 BauGB vereinfacht geänderten Bebauungsplan und der Begründung zugestimmt. Der Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 12.03.2001 bis 11.04.2001 öffentlich ausgelegen. Die Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 BauGB beteiligt.

Grasleben, den 14.11.2001



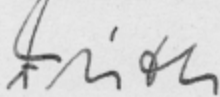
Gemeindedirektor



### Satzungsbeschluß

Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 29.10.2001 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Grasleben, den 14.11.2001



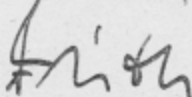
Gemeindedirektor



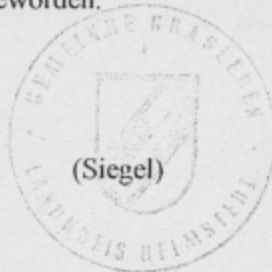
### Inkrafttreten

Der als Satzung beschlossene Bebauungsplan ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 28.11.2001 im Amtsblatt für den Landkreis Helmstedt Nr. 44 bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 29.11.2001 rechtsverbindlich geworden.

Grasleben, den 18. JAN. 2002



Gemeindedirektor



Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Bebauungsplanänderung ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB beim Zustandekommen der Bebauungsplanänderung nicht geltend gemacht worden.

Grasleben, den

(Siegel)

Gemeindedirektor

innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten der Bebauungsplanänderung sind Mängel in der  
Abwägung nicht geltend gemacht worden.  
Grasleben, den

\_\_\_\_\_  
Gemeindedirektor

(Siegel)

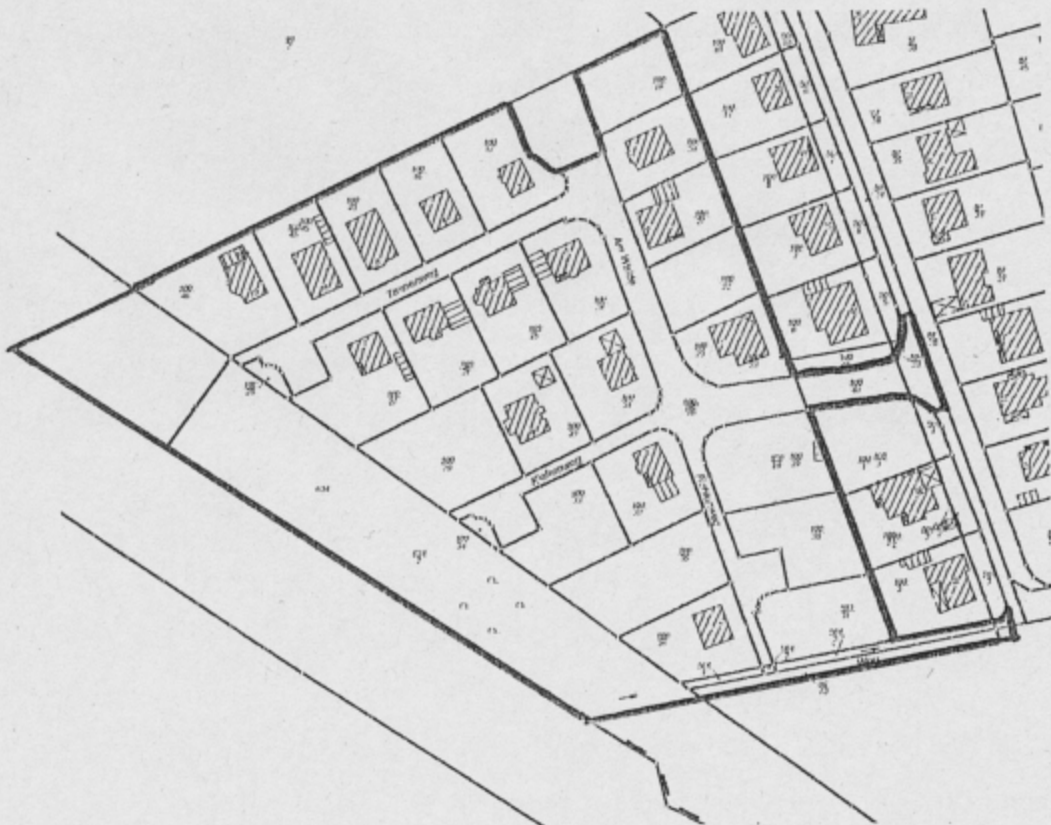


# Begründung

zur 1.Änderung des

Bebauungsplanes

„Am Walde“



Gemeinde Grasleben

